

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 05. Februar 2002 um 17.00 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend: Oberbürgermeister Moser

CSU-Stadtratsfraktion:

2. Bürgermeister Böhm
Stadträtin Link-Bauer (ab Ziffer 1)
Stadtrat Lux
Stadtrat Dr. Oschmann (bis Ziffer 2H c)
Stadtrat Sauerbrey
Stadtrat Schardt (ab Ziffer 1)
Stadträtin Stocker
Stadtrat Straßberger (ab Ziffer 1, bis Ziffer 2F b)
Stadträtin Wallrapp
Stadtrat Weiglein

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Fabian
Stadträtin Gold
Stadtrat Heisel
Stadtrat Mahlmeister
Stadtrat Michelsen
Stadtrat Seelkopf

FBW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Haupt (ab Ziffer 2B c)
Stadträtin Wachter

KIK-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Konrad
Stadtrat Özdil
Stadtrat Popp

USW-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Lorenz (bis Ziffer 2F b)
Stadtrat Müller (bis Ziffer 2F b)

ÖDP-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt

Berufsmäßige Stadträte: Stoppel

Rodamer
Groß

Berichterstatter: Amtmann Hartner

Dipl.-Ing. Lepelmann
Amsträtin Erdel
Verw.fachangestellte Slanina (SG Bauverwaltung)
Dipl.-Ing. Richter (SG Tiefbau)
Oberamtsrat Schwarz (SG Sicherheit und Ordnung)
Dipl.-Ing. Rützel (SG Hochbau)
Amtfrau Hartmann (SG Schulen/Sport/Jugend/Kultur)
EDV-Fachmann Zürrlein (SG EDV)

Protokollführerin: Verwaltungsfachwirtin Rose

Entschuldigt fehlten: Stadträtin Schwab

Stadtrat Conrad
Stadtrat Jeschke
Stadtrat Hertel

Feststellung gemäß § 22 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erinnert Oberbürgermeister Moser an die Bitte von Stadtrat Müller die heutige Sitzung um 20.00 Uhr zu schließen und weist darauf hin, dass die Termine für die Haushaltsberatungen bereits seit Mitte November 2001 bekannt seien.

Aufgrund der einhelligen Meinung des Gremiums, die Sitzung nicht früher zu beenden, teilt Stadtrat Müller mit, dass er und Stadtrat Lorenz um 20.00 Uhr gehen werden und bittet darum, danach keine Anträge der USW-Gruppe mehr zu behandeln und diese auf den morgigen Beratungstag zu verschieben.

Hiermit besteht Einverständnis.

1. Beratung der Haushalte 2002 der Stadt und der Stiftung Alten- und Pflegehilfe mit allen Bestandteilen (Investitionsprogramm und Finanzplanung für 2001 – 2005)

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer beginnt zunächst mit der erfreulichen Abwicklung des Haushaltsjahres 2001. Er erinnert, dass die Ausgangslage zu Beginn des Jahres 2001 bedrückend gewesen ist und erinnert an den ursprünglich erwarteten bedenklichen Sonderfall einer Zuführung vom Vermögens- zum Verwaltungshaushalt (durch das steuerliche Sonderverfahren mit 3,4 Mio DM und die hohe Umlagekraft des Jahres 1999, mit Verschlechterung von 5,2 Mio DM). Insgesamt hätte dies bei der Haushaltsplanung 2001 eine Minuszuführung von 2.905.000 DM mit sich gebracht. Das Ergebnis des Jahres 2001 letztlich ist zwar erfreulich gewesen, aber leider nur einmalig. Die Zuführung an den Vermögenshaushalt steigt auf 6,4 Mio DM. Dies ergibt eine Verbesserung im Jahr 2001 von 9,3 Mio DM. Diese Verbesserung ist u.a. auf die Mehreinnahme bei der Gewerbesteuer (9,5 Mio DM) zurückzuführen. Leider ist auch dies ein einmaliger Fall gewesen. Außerdem hat sich die Einkommensteuer um 0,5 Mio DM gesteigert, auf der anderen Seite waren 0,7 Mio DM weniger Personalkosten zu verzeichnen. Auch eine Zinersparnis von 0,6 Mio DM hat zu dieser Verbesserung geführt. Dies bedeutet letztendlich, dass 6,4 Mio DM dem Vermögenshaushalt zugeführt werden. Die Mindestzuführung hat bei 3,4 Mio DM gelegen. Er stellt fest, dass trotz der schlechten Ausgangslage zu Beginn des Jahres 2001 trotzdem eine freie Finanzspanne von ca. 3 Mio DM erreicht werden konnte.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer zeigt nun auf, wie sich diese Situation auf die Schulden bzw. die Rücklagen des Jahres 2001 ausgewirkt hat. Die Schuldenaufnahmen, die ursprünglich mit ca. 6 Mio DM vorgesehen waren, konnten auf 2 Mio DM reduziert werden. Die Rücklagenentnahme ist von 5 Mio auf 3,2 Mio DM reduziert worden (1,8 Mio DM weniger entnommen). Die Rücklagenzuführung hat sich auf 13,5 Mio DM erhöht (Transaktion mit Steuerverbund). Die Verbesserung des Rücklagenbestandes entspricht 5,6 Mio DM. Als Ergebnis hält er fest, dass die Verbesserungen in 2001 über die Rücklagen und die Kreditaufnahmen für die zukünftigen Haushalte sichergestellt wurden.

Anschließend kommt Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer auf den Vorlagebericht des Haushaltsjahres 2002 zu sprechen. Er beginnt mit dem Haushaltsvolumen. Der Verwaltungs-

haushalt schließt vorerst mit 37,98 Mio €, der Vermögenshaushalt mit 13,48 Mio € ab. Insgesamt hat der Haushalt 2002 ein Volumen von 51,46 Mio € (= 100.650.000 DM). Die Haushalte 2001 bis 2005 ergeben ein Gesamtvolumen von 259.746.000 €. Er weist aber darauf hin, dass dieses Volumen bereits durch die beiden Änderungslisten überholt ist. Im Verwaltungshaushalt 2002 zeichnet sich eine Verschlechterung von 186.000 €, im Vermögenshaushalt eine Verbesserung von 26.000 € ab. Dies hängt u.a. mit der Verschiebung der Maßnahme „Kanal Breslauer Straße“ von 2002 in 2003/2004 zusammen. Insgesamt gesehen ergibt sich für die Jahre 2002 bis 2006 eine Verschlechterung von 190.000 € im Verwaltungshaushalt bzw. 626.000 € im Vermögenshaushalt. Dies hängt mit der Erhöhung der Tilgungen der Jahre 2003 bis 2005 von 450.000 € zusammen (Vermögenshaushalt). Die Verschlechterung im Verwaltungshaushalt kann durch Deckungsreserve und Mehreinnahmen aufgefangen werden. Zum Ausgleich der Veränderungen des Vermögenshaushaltes zeichnen sich höhere Kreditaufnahmen bzw. Rücklagenentnahmen ab, wenn bei den Haushaltsberatungen keine Einsparungen getroffen werden oder Mehreinnahmen zu verzeichnen sind.

Als nächstes kommt er zu dem allgemeinen Überblick über das Haushaltsjahr 2002. Er weist darauf hin, dass er sich immer auf die Nettoausgaben und –einnahmen bezieht. Die Nettoausgaben 2002 sinken gegenüber dem Vorjahr um 624.000 € oder 2,22 %. Dies hängt damit zusammen, dass bei der Kreisumlage Minderausgaben von ca. 840.000 € entstanden sind und die Solidarumlage um ca. 370.000 € reduziert worden ist. Die Vorgabe des Ministeriums bezüglich der Höchststeigerung von 2 % ist somit eingehalten worden. Bei den Nettoeinnahmen ist eine erfreuliche Steigerung zu verzeichnen. Sie steigen um 1,64 Mio € (5,77 %). Dies ist zurückzuführen auf die Steigerung bei den Schlüsselzuweisungen um 0,9 Mio €, die Mehreinnahmen bei der Einkommensteuer (0,2 Mio €) und Gewerbesteuer (0,35 Mio €) und noch weiteren kleineren Steigerungen. Als Fazit kann hier genannt werden, dass das Ergebnis sehr stark von Einnahmen und Ausgaben abhängig ist, auf die die Stadt Kitzingen keinen unmittelbaren Einfluss hat.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer kommt nun auf den Vermögenshaushalt 2002 zu sprechen. Dieser wird geprägt durch die Nordtangente (5,8 Mio € Ausgaben, 3,4 Mio € Ansatz, 2,4 Mio € Haushaltsausgaberesult). Auch schlagen weitere Baumaßnahmen in Höhe von 4 Mio € zu Buche. Erstmals sind auch Grunderwerb und Erschließungsbeiträge von 3 Mio € zu verzeichnen (für Gewerbegebiete, Wohngebiete). Die Finanzierung des Haushaltes 2002 erfolgt über die Zuführung vom Verwaltungshaushalt, was mit 4,7 Mio € sehr erfreulich ist. Auch ist mit Zuschüssen des Landes mit 4,1 Mio € zu rechnen. Weniger erfreulich ist allerdings die Darlehensaufnahme mit 2,35 Mio €, die Tilgung wird nur 1.850.000 € betragen. Dies bedeutet eine Nettokreditaufnahme von 500.000 €, wobei hierzu noch aus dem Haushaltseinnahmerest 2001 3 Mio € hinzukommen. Vorrangig sind Fortführungsmaßnahmen eingestellt worden, Neumaßnahmen sind nur bedingt aufgenommen worden (Ausnahmen Gewerbegebiete, Wohngebiete).

Weiterhin gibt Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer einen Kurzüberblick zum Investitionsprogramm 2001 – 2005. Das Volumen beträgt 78.730.000 € (ca. 154 Mio DM). Größere Einzelpositionen sind Baumaßnahmen mit ca. 44 Mio € (davon allein 20 Mio € für die Nordtangente), Grunderwerb und Beiträge, die die Stadt leisten muss (13 Mio €) und Kredittilgungen (10 Mio €). Dies wird finanziert durch Zuschüsse des Staates und des Bundes in Höhe von 22 Mio €, Kreditaufnahmen von 16 Mio €. Die Nettoneuverschuldung beträgt ungefähr 6 Mio €. Die Entnahme aus Rücklagen wird in Höhe von 8 Mio € sein, die Zuführung vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt wird ca. 8 Mio € betragen. Er zeigt noch kurz die nicht in der Finanzplanung enthaltenen Großprojekte auf.

Als nächstes kommt er auf den Stand der Rücklagen zu sprechen. Der Rücklagenstand beträgt am 31.12.2001 6.097.000 €, das sind ca. 12 Mio DM. Die Entnahme für 2002 liegt bei ungefähr 1 Mio €, der Rücklagenstand zum 31.12.2002 beläuft sich dann auf ca. 5 Mio €. Er weist aber ausdrücklich darauf hin, dass sich im Jahr 2003 eine enorme Rücklagenentnahme abzeichnet (3.234.000 €), was Ende 2003 die Reduzierung der Rücknahme auf 1,8 Mio € mit sich bringt. Auch im Jahr 2004 wird eine Rücklagenentnahme vorgenommen. Am 31.12.2005 wird die Rücklage 770.000 € (ca. 1,5 Mio DM) betragen. Die Min-

destrücklage liegt bei 330.000 €, wobei mit dieser Summe kein Haushalt mit einem Volumen von 50 Mio € abgesichert werden kann.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer gibt nun Erläuterungen zum Schuldenstand. Zum 31.12.2000 betrug der Schuldenstand 23.612.000 €. Die Aufnahme in 2001 auf den Haushaltsrest aus 2000 betrug nur 1.022.000 €. Die Tilgung beträgt 1.724.000 €. Hier ist es möglich geworden, eine Nettoneuverschuldung zu vermeiden; die Schulden sind abgebaut worden. Der Schuldenstand Ende 2001 liegt bei 22,9 Mio €. In 2002 werden aus Haushaltseinnahmeresten 3 Mio € sowie aus laufenden Ansätzen 2,35 Mio € aufgenommen, getilgt werden 1.850.000 €. Der Schuldenstand zum 31.12.2002 liegt dann bei 26.477.000 € (ca. 52 Mio DM). In 2005 wird ein Stand von 29.577.000 € erreicht (ca. 58 Mio DM). Hinzu kommt eventuell noch die Verschlechterung der ersten Änderungsliste mit 530.000 €, so dass rund 30 Mio € Schulden vorhanden sind am Ende des Finanzplanungszeitraums 2005.

Bezüglich der allgemeinen Finanzsituation 2002 führt er aus, dass sich oberflächlich betrachtet ein durchaus positives Bild ergibt. Allerdings hängt dies mit zwei atypischen Faktoren zusammen: Mehreinnahmen aus dem Steuerverbund (2.183.000 € - einmalig), Verbesserung durch die unterdurchschnittliche Umlagekraft mit weniger Kreisumlage (0,8 Mio €) und weniger Solidarumlage (0,4 Mio €). Auch sind mehr Schlüsselzuweisungen in Höhe von 0,9 Mio € zu verzeichnen. Dies ergibt nochmals eine Verbesserung von 2,1 Mio €. Dies wirkt sich auf die Zuführung des Jahres 2002 positiv aus, die veranschlagte Zuführung wird bei 4,7 Mio € liegen (vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt). Die Mindestzuführung liegt bei 1,85 Mio € (Tilgungsleistungen). Es ergibt sich somit eine freie Finanzspanne von 2,85 Mio €, allerdings ohne Überschuss aus dem Steuerverfahren nur noch 0,67 Mio €. Die Situation ist zwar noch erfreulich aber bei realistischer Betrachtung ist die Lage nach wie vor angespannt.

Bezugnehmend auf die Finanzsituation der Folgejahre (2003 – 2005), führt Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer aus, dass das bisher Positive (hohe Einnahmen des Jahres 2001) sich ins Negative umkehrt. Die einmalige Mehreinnahme 2002 aus dem Steuerverbund mit 2,18 Mio € entfällt. Die enorme Gewerbesteuerzahlung aus 2001 führt zu einer hohen Steuer- und Umlagekraft. Die Verschlechterung hierbei liegt bei 4,60 Mio €. Er weist darauf hin, dass die Schlüsselzuweisungen um 1,5 Mio € zurückgehen, die Kreisumlage wird um 1,8 Mio € wachsen, die Solidarumlage um 0,4 Mio € und die Gewerbesteuerumlage um 0,9 Mio €. Der Verwaltungshaushalt 2003 kann nur durch eine Zuführung von 1,5 Mio € vom Vermögenshaushalt ausgeglichen werden. Die Mindestzuführung von 2,02 Mio € (Tilgungen) wird um 3,52 Mio € verfehlt. Das Jahr 2003 ist das mit Abstand schlechteste Jahr innerhalb der Finanzplanung. In den Jahren 2004 und 2005 kann die Mindestzuführung von 2,12 Mio € bzw. 2,22 Mio € wegen der erheblichen Steigerung der Gewerbesteuerumlage nicht in vollem Umfang erwirtschaftet werden. In 2004 werden nur 1,65 Mio €, das sind 0,47 Mio € zu wenig und im Jahr 2005 werden nur 1,45 Mio €, das sind 0,77 Mio € zu wenig, um die Mindestzuführung zu erreichen.

Zum Schluss gibt Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer noch einen kurzen Ausblick bzw. Fazit über die Finanzlage. Die Analyse der Jahre 2002 bis 2005 zeigt, dass die Finanzlage der Stadt sehr angespannt ist. Die Stadt Kitzingen geht finanziell sehr harten Zeiten entgegen. Nach dem Jahr 2005 wird die Grenze der finanziellen Leistungsfähigkeit erreicht sein. Die Finanzlage ist bisher geordnet, weil der gesetzliche Haushaltsausgleich gegeben ist, die finanzielle Leistungsfähigkeit bis zum Jahr 2005 in der mittelfristigen Finanzplanung nachgewiesen ist. Die Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung sind unbedingt fortzuführen. Innerhalb der Finanzverwaltung ist hier als Oberziel der Erhalt der dauernden Ordnung der Stadtfinanzen und somit der dauernden finanziellen Leistungsfähigkeit. Weiter nennt er die zu erreichenden Teilziele in diesem Bereich: ausgeglichene Haushalte im Finanzplanungszeitraum (ist erreicht worden), Erreichen der Mindestzuführung (nur teilweise möglich gewesen), kein Anwachsen der Verschuldung (wird nicht möglich sein), Schonung der Rücklagen (trifft ebenfalls nicht zu) und Vermeidung von Steuererhöhungen. Hinsichtlich der Steuererhöhungen betont er, dass innerhalb des Finanzplanungszeitraums keine Steuererhöhungen vorgesehen sind.

Er weist aber darauf hin, dass die Umsetzung der Ziele nur durch das Durchführen von Maßnahmen erfolgen kann. Er legt dar, wie die Umsetzung der Ziele erfolgen kann: sparsame Ausgabenpolitik, Beschränkung auf das dringend Nötige, wirtschaftliche Aufgabenerledigung, Vorrang für Fortführungsmaßnahmen, nur unabweisbar nötige Neumaßnahmen aufnehmen (hier sind Maßnahmen zu bevorzugen, die zur Einnahmenverbesserung führen, z.B. Ausweisung von Bau- und Gewerbegebieten). Nach Abschluss der Großmaßnahmen sollte das Volumen des Vermögenshaushaltes zurückgeführt werden. Auch müssen alle Einnahmesteigerungsmöglichkeiten ausgeschöpft werden (z.B. Kostendeckung der kostenrechnenden Einrichtungen). Die steuerlichen Gestaltungsmöglichkeiten müssen seiner Meinung nach voll ausgeschöpft werden. Er macht noch einmal deutlich, dass die Stadt Kitzingen auf dem Finanzsektor stark fremdbestimmt ist und es Gesetzmäßigkeiten gibt, auf die die Stadt Kitzingen keinen Einfluss haben wird. Seiner Auffassung nach ist die derzeitige Finanzpolitik von Bund und Land sehr ungerecht. Solange dies so sein wird, werden auch die finanziellen Probleme der Kommunen nicht gelöst werden. Er schließt seinen Vortrag mit dem Hinweis, dass eine Gemeindefinanzreform dringend und unverzichtbar ist.

2. Beratung des Vermögenshaushaltes 2002 und des Investitionsprogramms 2001 bis 2005

A) Oberbürgermeister Moser weist darauf hin, dass seitens der CSU-Fraktion ein Antrag vorliegt. Die CSU-Fraktion fordert von Oberbürgermeister Moser Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung.

Stadtrat Weiglein begründet den Antrag ausführlich. Er meint auch, dass eine Budgetierung von Einrichtungen alleine nicht zu einer wirtschaftlichen Aufgabenerfüllung führen wird.

Oberbürgermeister Moser nimmt dies zur Kenntnis. Er verweist auf die von der Verwaltung abgegebene Stellungnahme mit den dort aufgezeigten allgemeinen Möglichkeiten zur Haushaltskonsolidierung.

B) Einzelplan 0

- a) Hst. 0100.9350 – Rechnungsprüfungsamt/Controlling/KLR; Bewegliches Vermögen
Hst. 0301.9350 – Stadtkämmerei; Bewegliches Vermögen
Hst. 0341.9350 – Steuerverwaltung; Bewegliches Vermögen
Hst. 0351.9350 – Liegenschaftsverwaltung; Bewegliches Vermögen
Hst. 6001.9350 – Bauverwaltung; Bewegliches Vermögen
Hst. 6131.9350 – Bauordnung, Bauaufsicht; Bewegliches Vermögen
Hst. 7711.9350 – Bauhof; Bewegliches Vermögen

Zu diesen Haushaltsstellen liegt ein Antrag der CSU-Fraktion vor, der die Vorlage von Inventarverzeichnissen fordert.

Stadtrat Weiglein möchte wissen, ob es sich bei den Beschaffung tatsächlich nur um Ersatzbeschaffungen handelt.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer erwidert, dass lediglich eine Neuanschaffung vorgenommen wird (Rechnungsprüfungsamt/Controlling/KLR), während der Rest nur Ersatzbeschaffungen sind. Diese hängen überwiegend mit der Umsetzung des Untersuchungsergebnisses des Amtsarztes zusammen.

Die Ansätze bleiben bestehen.

- b) Hst. 0600.9357 – Beschaffung von Fahrzeugen

Hierzu liegt ein Antrag der KIK-Fraktion vor. Sie möchten den Ansatz in 2003 in Höhe von 13.000 € streichen und die Anschaffung des Fahrzeuges durch Werbung finanzieren.

Amtmann Hartner berichtet, dass die seitens der Verwaltung beauftragte Firma ca. 150 bis 200 Firmen (auch Stadtmarketingverein) angesprochen habe, aber nur vier verbindliche Zusagen erhalten hat. Für die Finanzierung wären allerdings 30 Werbeanzeigen notwendig gewesen. Die Firma habe vorgeschlagen, bis März 2002 abzuwarten und dann nochmals auf die Firmen zuzugehen. Der Finanzausschuss habe aber in einer Sitzung im Oktober 2001 beschlossen, künftig auf solche Aktionen zu verzichten und der Werbefirma abzusagen, was auch seitens der Verwaltung erfolgt ist.

Stadträtin Wallrapp erinnert aber an ihren Vorschlag, seitens der Stadt Kitzingen auf die vier Firmen zuzugehen, die Bereitschaft signalisiert haben.

Stadträtin Fabian bittet noch darum, auf Stadtjugendpfleger Popp zuzugehen, ob es für seine Arbeit sinnvoll wäre, ein solches Fahrzeug zu beschaffen. Sie bittet darum, diesen Punkt bis zur morgigen Sitzung zurückzustellen.

Stadtrat Müller regt an, den Ansatz von 13.000 € in 2003 stehen zu lassen und gegebenenfalls vorzuziehen, falls der Stadtjugendpfleger durch die dezentralen Treffs ein Auto benötigt.

Hiermit besteht Einverständnis. Der geplante Ansatz in 2003 von 13.000 € bleibt bestehen.

c) Hst. 0600.9450 – Umbau der Stadtpost für Bauamtszwecke

Die KIK-Fraktion beantragt die sofortige Aufnahme von Verhandlungen mit der Post über die weitere Nutzung der Räume in der Stadtpost.

Oberbürgermeister Moser erinnert daran, dass die Stadtpost erst aus diesen Räumlichkeiten ausziehen sollte, wenn ein Ersatz in der Innenstadt gefunden worden ist. Er betont, dass dies auch die Auffassung des Stadtrates gewesen ist.

Stadtrat Schardt stellt die räumliche Entwicklung des Stadtbauamtes in Frage, wenn der Gebäudeteil, in dem derzeit noch die Stadtpost untergebracht ist, nicht hinzugezogen werden könne.

Stadträtin Fabian bittet in diesem Zusammenhang darum, dass Oberbürgermeister Moser bei einem der nächsten Gespräche auf die schlechten Öffnungszeiten der Postfiliale in der Siedlung eingehen soll.

Der geplante Ansatz in 2006 ff (FiP-Rest) in Höhe von 51.100 € bleibt unverändert.

d) Hst. 0600.9452 – Erneuerung Aufzug und Umgestaltung Eingangsbereich Rathaus

Der hierzu vorliegende Antrag der SPD-Fraktion auf Aufnahme der Mittel für den Ausbau des Erdgeschosses Rathaus in der „abgespeckten“ Version, ist mittlerweile überholt, da am 17.01.2002 hierüber ein Stadtratsbeschluss gefasst worden ist. Die im Jahre 2002 benötigten Mittel für die Umgestaltung in Höhe von 60.000 € sind bereits in der Änderungsliste zum Vermögenshaushalt enthalten (zusätzlich zum Ansatz von 102.000 € für die Erneuerung des Aufzugs).

e) Hst. 0600.9453 – Erfüllung von Brandschutzauflagen im Rathaus

Hst. 3009.9450 – Erfüllung von Brandschutzauflagen in der Alten Synagoge

Hst. 4607.9450 – Erfüllung von Brandschutzauflagen im Jugendhaus / Jugendhauskeller

Die KIK-Fraktion beantragt die Erstellung einer Auflistung über schon bestehenden Brandschutz in städtischen Gebäuden, insbesondere in der Alten Synagoge.

Es besteht damit Einverständnis, dass das Stadtbauamt in einer gesonderten Vorlage zum Brandschutz in städtischen Gebäuden berichten wird. Außerdem wird da-

von Kenntnis genommen, dass Mittel für den Brandschutz für das Rathaus und den Jugendhauskeller bereits eingestellt sind. Die Alte Synagoge entspricht den Brandschutzauflagen.

f) Hst. 0600.9631 – Bürobeleuchtung Rathausgebäude (Energiespargutachten)

Die CSU-Fraktion möchte wissen, ob es sich bei der Bürobeschaffung nur um Beleuchtungsmittel oder auch um Beleuchtungskörper handelt.

Die Verwaltung berichtet in ihrer Stellungnahme, dass es sich um Leuchten, Beleuchtungskörper, Montage und notwendige Malerarbeiten handelt.

Stadtrat Schardt will noch wissen, ob das Energiespargutachten auf dem aktuellsten Stand ist.

Dies bejaht Oberbürgermeister Moser und weist darauf hin, dass es lediglich Probleme in der Umsetzung gegeben hat, da der Mitarbeiter mittlerweile nicht mehr bei der Stadt Kitzingen ist. Dieser wird aber demnächst im Stadtrat einen Bericht zur Umsetzung des Energiespargutachtens geben.

g) 0601.9350 – EDV / Organisation; Anschaffung neuer Rechner, Software usw.

Zu dieser Haushaltsstelle hat die CSU-Fraktion um die Vorlage eines Inventarverzeichnisses der Hard- und Software gebeten.

Seitens der Verwaltung wird auf das dem Gremium bereits übergebene Inventarverzeichnis hingewiesen.

Stadtrat Weiglein bittet um künftige wirtschaftlich sinnvolle Anschaffung in diesem Bereich.

Alle Ansätze im Einzelplan 0 bleiben bestehen.

C) Einzelplan 1

a) Hst. 1300.9357 – Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen

Die CSU beantragt das Vorziehen der Haushaltsmittel in Höhe von 490.000 € für die Ersatzbeschaffung von 2 Feuerwehrfahrzeugen von 2004 auf 2002.

Stadtrat Straßberger, Feuerwehrreferent, weiß zu berichten, dass die Feuerwehr Kitzingen mit den jetzigen Fahrzeugen jederzeit ihre Einsätze vollziehen kann. Laut Auskunft der Techniker sind die Fahrzeuge in einem einwandfreien Zustand.

Stadtrat Weiglein dagegen ist darauf hingewiesen worden, dass das Löschfahrzeug 30 Jahre alt ist. Auch das LF 8 in Sickershausen sei nicht mehr einsatzfähig.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer betont, dass bei Ausfall eines Fahrzeuges im Interesse der Feuersicherheit die Neuanschaffung eines Feuerwehrfahrzeuges sofort vollzogen werden muss, auch wenn keine Mittel im Haushalt vorgesehen sind. Dies sei eine Vereinbarung zwischen der Feuerwehr Kitzingen, dem Sachgebiet 31 und der Stadtkämmerei.

Stadtrat Müller fragt nach den Reparaturkosten für das LF 8 Sickershausen in den letzten zwei Jahren.

Oberamtsrat Schwarz kann dies zwar nicht beantworten, versichert aber, dass alle notwendigen Reparaturen vorgenommen worden sind und alle Fahrzeuge wieder voll einsatzfähig sind.

- Mit 9 : 16 Stimmen-

Der Antrag der CSU, die Haushaltsmittel in Höhe von 490.000 € für die Beschaffung von 2 Feuerwehrfahrzeugen in das Jahr 2002 vorzuziehen wird abgelehnt.

Die Ansätze im Einzelplan 1 bleiben unverändert.

D) Einzelplan 2

a) Hst. 2151.9451 – Sanierung der D.-Paul-Eber-Schule

Hierzu beantragt die CSU-Fraktion die Vorlage eines Kostenanschlags für die Generalinstandsetzung der D.-Paul-Eber-Schule vor der Beschlussfassung. Stadtrat Weiglein bezieht sich auf die veranschlagten Kosten für die Sanierung der WC's in Höhe von 650.000 DM.

Dipl.-Ing. Rützel informiert, dass die gesamte Technik und alle Leitungen der WC-Anlagen erneuert werden müssen. Auch muss neu gefliest werden.

Stadtrat Schardt fragt nach einem Gesamtkonzept. Auch will er wissen, ob Klassen ausgelagert werden müssen.

Berufsmäßiger Stadtrat Groß erwidert, dass der Schulbetrieb so weit wie möglich aufrecht erhalten wird. Deshalb kann auch nur abschnittsweise saniert werden. Derzeit besteht nur eine grobe Planung, allerdings wird im Laufe diesen Jahres in Zusammenarbeit mit der Schule und Projektanten ein ausführliches Feinkonzept mit genauerer Kostenschätzung erarbeitet, was dann dem Stadtrat vorgelegt werden wird.

Auf die Frage von Stadträtin Link-Bauer, ob hier mit einer Bezuschussung zu rechnen ist, erklärt Berufsmäßiger Stadtrat Groß, das auf alle Fälle versucht werden wird, einen Zuschuss zur Sanierung zu bekommen. Allerdings besteht hier wenig Aussicht, dass die Kostengrenzen durch die Generalsanierung erreicht werden.

Die Ansätze im Einzelplan 2 bleiben unverändert.

E) Einzelplan 3

a) Hst. 3009.9350 – Alte Synagoge; Bewegliches Vermögen

Die CSU möchte wissen, für welche Beschaffungen dieser Pauschalansatz bei der Alten Synagoge gedacht ist.

Seitens der Verwaltung wird auf die abgegebene Stellungnahme verwiesen, die aussagt, dass der Pauschalansatz zweckgebunden für Beschaffungen des beweglichen Vermögens ist. Falls keine Anschaffungen erfolgen sollten, werden die Mittel eingespart.

Amtmann Hartner ergänzt, dass im Jahre 2002 aus diesem Pauschalansatz die Anschaffung eines Vorhangs für die Bühne und eines Ansteckmikrofons finanziert werden soll.

b) Hst. 3221.9350 – Kitz-Galerie; Hinweisschilder

Stadtrat Weiglein möchte wissen, für welche Anschaffung genau der Haushaltsansatz in Höhe von 1.300 € vorgesehen ist.

Amtmann Hartner erinnert an seinen Vortrag über die Hinweisschilder im Rahmen der Diskussion bezüglich des Etats der Kitz-Galerie. Die Schilder werden danach von der Kitz-Galerie aufgestellt.

c) Hst. 3200.9358 – Beschaffung von Museumsgut

Stadtrat Popp fragt nach den Beschaffungen, die in den letzten Jahren getätigt worden sind.

Amtmann Hartner erklärt, dass er zwar von Anschaffungen seitens Frau Dr. Walter wisse, aber nichts Näheres dazu äußern kann.

Aufgrunddessen nennt Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer die Rechnungsergebnisse von 2000 (509 €) und 2001 (1.313 €). Er erklärt weiter, dass es sich hier um einen Pauschalansatz handelt, aus dem Ankäufe getätigt werden können, wenn etwas geeignetes für das Kitzinger Museum auf dem Markt angeboten wird.

In diesem Zusammenhang gibt Stadtrat Straßberger bekannt, dass er sich auch in diesem Jahr wieder gegen den Umbau bzw. die Sanierung des Gebäudes in der Landwehrstraße 21 / 23 wehren wird, da es ihm zu kostenaufwendig ist. Er wird auch heuer wieder den Haushalt aus diesem Grund ablehnen.

Der Ansatz in Höhe von 2.560 € bleibt unverändert.

d) Hst. 3200.9369 – Einrichtungsgegenstände und Konzeptkosten Archiv / Museum, sowie Ausmalung des Foyers

Hst. 3200.9450 – Umbau und Sanierung des Gebäudes Landwehrstraße 21 / 23

Stadtrat Popp erkundigt sich nach dem aktuellen Stand bezüglich der Sanierung. Amtmann Hartner erinnert daran, dass die Leistungsphase 3 an Herrn Bilz in Auftrag gegeben und der neueste Kostenanschlag bei der Regierung von Unterfranken zur Ermittlung der zuwendungsfähigen Kosten bzw. des erwarteten Zuschusses eingereicht worden ist. Sobald eine Antwort der Regierung vorliegt, wird der Stadtrat davon in Kenntnis gesetzt und eine entsprechende Beschlussvorlage vorgelegt.

e) Hst. 3601.9588 – Gestaltung Mainpartie von Synagoge bis Alte Mainbrücke

Die USW-Gruppe beantragt die Streichung der im FiP-Rest (2006 ff) enthaltenen Mittel für die Gestaltung der Mainpartie.

Sie ist der Auffassung, dass sich die Stadt Kitzingen diese Maßnahmen finanziell einfach nicht leisten kann und hält sie außerdem nicht für nötig.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer erklärt, dass die Veranschlagung entsprechend der gültigen Beschlusslage erfolgt sei. Auch erläutert er, dass die Maßnahme im Jahresantrag zur Städtebauförderung aufgeführt sei, um keinen Zuschuss aus der Städtebauförderung zu verlieren. Für das Jahr 2005 ff würde es aber kritisch werden, falls keine Maßnahmen aufgeführt werden.

- Mit 3 : 22 Stimmen –

Der Antrag der USW auf Streichung der Mittel für die Gestaltung der Mainpartie aus dem Finanzplanungsrest, wird abgelehnt.

Abschließend sagt der Oberbürgermeister zu, die Neugestaltung der Mainpartie auch in den Zuschussantrag für den Mainausbau mit aufzunehmen.

f) Hst. 3521.9350 – Stadtbücherei: Bewegliches Vermögen

Stadträtin Wallrapp bezieht sich auf den Ansatz für das Jahr 2003 (52.000 €), der sich auf die Ersatzbeschaffung einer EDV-Anlage bezieht. Sie bittet darum, sich auch Gedanken über das Leasen einer EDV-Anlage zu machen.

Der Oberbürgermeister sagt dies zu.

Der Oberbürgermeister unterbricht die Sitzung von 19.10 bis 19.20 Uhr.

g) Hst. 3700.9870 – Kirchen; Investitionszuschüsse

Stadtrat Haupt bezieht sich auf die Neueröffnung der Kirche in Sickershausen. Die danach geführten Gespräche haben erkennen lassen, dass die Stadt Kitzingen hier wohl eine feste Zuschusszusage gegeben hat. Er möchte wissen, wo hierfür Mittel eingestellt worden sind.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer erklärt, dass hierfür ein Haushaltsausgabereinstellung gebildet worden ist. Hiervon sollen die restlichen Maßnahmen in Sickershausen, St. Vinzent und Repperndorf finanziert werden. Die veranschlagten Mittel von 40.000 € in 2002 beziehen sich lediglich auf die Kreuzkapelle.

Der Ergänzungs-Zuschussantrag der evangelischen Kirche Sickershausen vom 28.01.2002 werde vom Stadtbauamt in einer der nächsten Sitzungen zur Entscheidung vorgelegt.

h) Hst. 3700.9871 – Zuschuss für Sanierung Katholisches Dekanatszentrum

2. Bgm. Böhm stellt hier den Antrag, für das Jahr 2003 10.000 € einzustellen.

Oberbürgermeister Moser weist darauf hin, dass dieser Antrag bei Haushaltsstelle 7621.9401 – Stadthalle – behandelt wird.

Die Ansätze im Einzelplan 3 bleiben unverändert.

F) Einzelplan 4a) Hst. 4607.9450 – Jugendhaus; Brandschutzauflagen

Zu dieser Haushaltsstelle liegt der Antrag der ÖDP-Gruppe vor. Sie möchte nicht, dass die Brandschutzmaßnahmen im Jugendhaus tröpfchenweise vorgenommen werden. Sie hält dies für unwirtschaftlich. Sie möchte deshalb im Jahr 2002 auch die restlichen 80.000 € die bisher im FiP-Rest veranschlagt sind, hierfür eingestellt haben.

Stadträtin Schmidt erläutert ihren Antrag eingehend, worauf Berufsmäßiger Stadtrat Groß nochmals die Notwendigkeit der Brandschutzmaßnahmen im Kellergeschoss und die Art der Umsetzung deutlich macht. Außerdem erläutert er die unterschiedliche Qualität der Brandschutzauflagen im eigentlichen Gebäude, die abhängig sind von der späteren Nutzung.

Oberbürgermeister Moser fügt noch an, dass kein Konzept vorliegt, das den Brandschutz für das gesamte Gebäude beinhaltet. Der Brandschutz im Jugendhauskeller müsse durchgeführt werden, um diesen weiterhin nutzen zu können.

Stadtrat Müller ist ebenfalls der Auffassung, dass der Jugendhauskeller weiterhin für die Feiern der Jugendlichen und auch als Bocksbeutelbar für das Weinfest zur Verfügung stehen sollte. Deshalb ist hierfür der Brandschutz unumgänglich.

Nach einer weiteren, kurzen Diskussion, steht fest, dass der vorgeschlagene Ansatz der Verwaltung bestehen bleibt (20.000 € in 2002 sowie 80.000 € im FiP-Rest).

b) Hst. 4644.9450 – Erweiterung Kindergarten Alemannenstraße für Nachmittagsbetreuung

Stadtrat Popp möchte wissen, warum im Kindergarten Alemannenstraße eine Erweiterung notwendig wird.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer erklärt, dass im Kindergarten Alemannenstraße eine Nachmittagsbetreuung geschaffen werden soll und hierfür ein zusätzlicher Raum für Küche und Essplatz benötigt wird. Der Wintergarten ist vorgeschlagen worden, weil sich dieser als kostengünstiger erwiesen hat. Er weist noch darauf hin, dass die Stadt Kitzingen Bauträger des Kindergartens ist.

Stadträtin Link-Bauer hält diese Erweiterung nur für wünschenswert, nicht aber für notwendig.

Stadtrat Schardt ist von Pfarrer Ahrens gebeten worden, sich für den Erweiterungsbau einzusetzen.

Oberbürgermeister Moser schlägt vor, die Haushaltsmittel als Merkposten im Haushalt zu belassen.

Nach kurzer Diskussion besteht Einverständnis damit, im Jahr 2002 die Mittel von 75.000 € im Haushaltsplan zu belassen. Bei der Vorlage des Maßnahmebeschlusses muss jedoch der Bedarf geklärt sein und der Stadtrat wird erst dann endgültig entscheiden, ob eine Erweiterung vorgenommen wird.

Die Ansätze im Einzelplan 4 bleiben unverändert.

G) Einzelplan 5

a) Hst. 5602.9582 – Sportzentrum im Sickergrund; Anschlussmöglichkeiten für Stromversorgung

Die KIK-Fraktion beantragt zu dieser Haushaltsstelle die Verschiebung des Ansatzes in Höhe von 10.000 € von 2002 in 2003. Vorher soll geklärt werden, ob genügend Großveranstaltungen stattfinden.

Stadtrat Weiglein will wissen, wie viele Großveranstaltungen im Sportzentrum im Sickergrund stattfinden.

Amtfrau Hartmann berichtet über die Großveranstaltungen, die bisher im Sickergrund stattgefunden haben.

Die Mittel bleiben in 2002 stehen.

b) Hst. 5701.9620 – Freibad; Erneuerung Durchschreitebecken am Planschbecken

Die CSU beantragt die Streichung des Haushaltsansatzes von 7.500 € und erinnert an den Gewährleistungsanspruch der Stadt Kitzingen.

Die ÖDP verlangt ebenfalls die Streichung des Ansatzes und fordert die Verwaltung auf, den Architekten in Regress zu nehmen.

Stadtrat Popp, Bäderreferent, bittet darum, die Maßnahme bis zur Baderöffnung im Mai zu vollziehen.

Stadtrat Schardt ist sich sicher, dass die vorgeschlagene Maßnahme des Architekten keine dauerhafte Lösung ist. Er plädiert dafür, das komplette Durchschreitebecken ausbauen und durch ein ordnungsgemäßes Becken zu ersetzen.

Daraufhin schlägt Oberbürgermeister Moser vor, die Mittel zu streichen und nochmals mit dem Architekten zu verhandeln.

Berufsmäßiger Stadtrat Stoppel erklärt, dass die Stadt einen Anspruch auf Nachbesserung habe. Falls eine Nachbesserung nicht möglich sein sollte, bestehe ein Recht auf Neuherstellung.

Stadtrat Weiglein bittet um Überprüfung, ob eine fachgerechte Nachbesserung vorliegt.

Auf die Frage von Stadträtin Link-Bauer, warum die Stadt Kitzingen für den Abfluss aufkommen muss, bestätigt Oberbürgermeister Moser, dass in einer fachgerechten Nachbesserung auch der Abfluss beinhaltet sein muss und schlägt vor den Ansatz zu streichen.

Hiermit besteht Einverständnis. Der Haushaltsansatz in Höhe von 7.500 € wird gestrichen. Die Becken sind bis zum Beginn der Freibadsaison auf Kosten des Architekten ordnungsgemäß zu erneuern (Gewährleistungsanspruch).

c) Hst. 5702.9450 – Hallenbad; Umbau und Sanierung

Die FBW-Fraktion beantragt die Einstellung von Mitteln in den Jahren 2003/2004 für die Hallenbad-Sanierung mit Wellness- und Saunabereich.

Die USW-Gruppe verlangt die Vorlage eines Konzeptes, eines Zeitplans und Aussagen zum Sanierungsbedarf.

Stadtrat Konrad, Seniorenbeirat, fordert die Einbeziehung der Vorschläge zum behindertengerechten Ausbau des Bades.

Oberbürgermeister Moser erinnert zum Antrag der FBW an das in Auftrag gegebene Gutachten und regt an, dies abzuwarten. Im Rahmen dieses Gutachtens werde auch die Gestaltung des Wellness- und Saunabereichs untersucht. Hiermit besteht Einverständnis.

Zum Antrag des Seniorenbeirats sagt der Oberbürgermeister zu, bei der Erstellung der Planung die Vorschläge des Behindertenbeirats miteinzubeziehen. Der Antrag der USW wird zurückgestellt und erst am 06.02.2002 behandelt, wenn die Vertreter der USW wieder anwesend sind.

d) Hst. 5800.9586 – Erneuerung und Erweiterung Half-Pipe Sickergrund

Auf die Frage von Stadtrat Weiglein, was genau geplant ist, erwidert Oberbürgermeister Moser, dass es sich um eine komplette Neuanschaffung und Neugestaltung handelt, die in zwei Schritten durchgeführt wird.

e) Hst. 5900.9581 – Natur in der Stadt

Hst. 8800.9320 – Erwerb von unbebauten Grundstücken

Stadtrat Weiglein stellt fest, dass bei dieser Haushaltsstelle in den Jahren 2002 – 2004 keine Mittel eingestellt worden sind.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer erläutert hierzu, um nicht unnötig Mittel zu binden, wolle die Verwaltung erst die Entscheidung über den Antrag der Stadt abwarten. Der Grunderwerb soll dann bei Hst. 8800.9320 erfolgen. Bis dahin hat sich auch konkretisiert, in welchen Bereichen der Grunderwerb unumgänglich wird.

Stadtrat Weiglein will weiterhin wissen, ob die Stadt Kitzingen bei den derzeit laufenden Wunschverhandlungen ihre Wünsche geäußert hat.

Dipl.-Ing. Lepelmann bejaht dies.

f) Hst. 5800.9587 – Aktivierung des Kraftbrunnens in Sickershausen

Stadtrat Sauerbrey beantragt die Reaktivierung des „Kraftbrunnens“ in Sickershausen.

Berufsmäßiger Stadtrat Groß regt an diesen Punkt zusammen mit der Neugestaltung des Kirchplatzes in Sickershausen zu behandeln (Hst. 6404.9501).

Hiermit besteht Einverständnis.

Die restlichen Ansätze im Einzelplan 5 bleiben unverändert.

H) Einzelplan 6

a) Hst. 6101.9590 – Ortsplanung sowie Planung Altstadt; Allgemeine Gutachten

Die KIK-Fraktion schlägt vor, einen Ideenwettbewerb zur Vermarktung des Bürgerbräugeländes zu organisieren und hierfür 15.000 € in 2002 einzustellen.

Stadtrat Popp führt den Antrag aus und verweist auch auf das vorliegenden Zentrenkonzept. Er weiß auch von einer Fachhochschule zu berichten, die großes Interesse hat, das Bürgerbräugelände zu überplanen.

Oberbürgermeister Moser erinnert aber an die Ausführungen von Dr. Bauer. Dieser habe deutlich gesagt, dass die Stadt Kitzingen hier nicht tätig werden sollte, da sich das Gelände nicht im Eigentum der Stadt befindet. Dies wäre Sache des Eigentümers.

Stadträtin Wallrapp hält es schon für wünschenswert, dass etwas unternommen wird. Sie ist aber auch der Meinung, dass die Verwaltung hier nicht tätig werden sollte, da sich das Gelände nicht im Eigentum der Stadt befindet. Sie schlägt vor, auf den Eigentümer zuzugehen und ihn auf einen Ideenwettbewerb hinzuweisen. Die Stadt könne dies dann bezuschussen.

Berufsmäßiger Stadtrat Groß berichtet, dass bereits Gespräche mit Investoren geführt worden sind und das Bauamt bereits Untersuchungen und Überlegungen zum Bereich Bürgerbräu angestellt habe. Auch weist er darauf hin, dass es sich hier um ein förmliches Sanierungsgebiet handelt.

Stadtrat Weiglein meint, dem Eigentümer noch bis Oktober 2002 Zeit zu geben. Falls sich bis dahin nichts ergeben haben sollte, müsste die Stadt Kitzingen nochmals auf den Eigentümer zugehen. Die Stadt sollte aber auf alle Fälle ihre Unterstützung anbieten.

Stadträtin Wallrapp bezieht sich auf den kürzlich gefassten Selbstbindungsbeschluss. Sie meint, dass die Investoren dadurch mehr Gewissheit haben und schlägt vor, nochmals auf die in Frage kommenden Investoren zuzugehen.

Oberbürgermeister Moser sagt dies zu.

- Mit 8 : 14 Stimmen –

Der Antrag der KIK-Fraktion bezüglich eines Ideenwettbewerbs zur Vermarktung des Bürgerbräugeländes wird abgelehnt.

Bei Haushaltsstelle 6101.9590 werden hierfür keine zusätzlichen Mittel eingestellt.

b) Hst. 6101.9359 – Digitale Flurkarten

Stadtrat Schardt bittet um Einstellung von Mitteln in Höhe von 70.000 € - 80.000 € für ein GIS-Programm. Er legt die Vorteile dar, die die Stadt Kitzingen dadurch haben wird.

Oberbürgermeister Moser erwidert, dass absichtlich keine Mittel eingestellt worden sind, da innerhalb der Verwaltung noch Klärungsbedarf besteht. Er sagt aber zu, dass Mitte dieses Jahres darüber beraten wird.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer bestätigt dies und meint, dass es nicht richtig wäre, Mittel hierfür einzustellen, obwohl noch kein Konzept und keine Vorstellungen vorliegen, was mit diesen Mitteln konkret beschafft werden soll.

Hiermit besteht Einverständnis.

c) Hst. 6151.9581 – Solaranlagen

Die KIK möchte eine Übersicht über Installationen von Solaranlagen auf städtischen Gebäuden.

Berufsmäßiger Stadtrat Groß weist darauf hin, dass an einer solchen Aufstellung gerade gearbeitet wird. Diese werde nach Fertigstellung dem Stadtrat vorgelegt, ggf. auch mit Vorschlägen, wo künftig weitere Anlagen denkbar wären.

d) Hst. 6151.9680 – Privatmaßnahmen in Sanierungsgebieten sowie Kommunales Förderprogramm

Hierzu beantragt die FBW-Fraktion die Sanierung der Außenfassade des Hauses Herrnstraße 18 (Familien Kreuzer / Guckenberger).

Stadtrat Haupt erläutert den Antrag.

Oberbürgermeister Moser erläutert, dass die Stadt aufgrund der finanziellen Situation das Haus weder erwerben noch sanieren kann. Er sagt zu, auf die Eigentümer zuzugehen und ihnen die Möglichkeiten bezüglich einer Förderung durch die Stadt aufzuzeigen.

Hiermit besteht Einverständnis.

e) Hst. 6151.9870 – Wiederaufnahme der Förderung zum Einbau von Photovoltaikanlagen

Zur Hst. 6151.9870 liegt ein Antrag der KIK-Fraktion vor. Sie möchten die Wiederaufnahme der Förderung zum Einbau von Photovoltaikanlagen und beantragen die Einstellung von Haushaltsmitteln in 2002 in Höhe von 4.500 €.

Stadträtin Schmidt unterstützt den Antrag.

Stadtrat Schardt meint, dass es hierzu noch Aufklärungsbedarf gibt und bittet darum, so schnell wie möglich das Energiespargutachten vorzustellen und auch einen Vertreter der LKW hinzuzuziehen.

- Mit 5 : 16 Stimmen -

Der Antrag der KIK auf Einstellung von 4.500 € bei Hst. 6151.9870 für die Wiederaufnahme der Förderung zum Einbau von Photovoltaikanlagen, wird abgelehnt.

Der Oberbürgermeister schließt die öffentliche Sitzung um 21.05 Uhr.

Oberbürgermeister
gez.
Moser

Protokollführerin
gez.
Rose